

Kein Geld für Folgetreffen

Hess. Lichtenau (gro). Mit Betroffenheit und Unverständnis haben die Organisatoren des ersten Treffens ehemaliger Zwangsarbeiter und Dienstverpflichteter der Munitionsfabrik Hirschhagen, Gisela Höfert und Jürgen Jessen, auf die Entscheidung des Lichtenauer Parlamentes reagiert, für ein Folgetreffen im kommenden Jahr keine neuen Mittel zur

Verfügung zu stellen. Dieses Votum sei um so unverständlicher, als die Resonanz auf das Treffen überaus positiv gewesen sei und es weit über die Grenzen der Stadt hinaus Beachtung gefunden habe. Zudem hätten sich für ein zweites Treffen schon eine Vielzahl Ehemaliger auch aus dem Ausland angesagt.

Wie berichtet, hatte das Parlament im Zuge der Haushaltsberatungen in der vergangenen Woche einen Antrag abgelehnt, für ein weiteres Treffen 10 000 Mark bereitzustellen. Bereits Wochen vor der Etat-Verabschiedung hatten Gisela Höfert und Jürgen Jessen die einzelnen Fraktionen angeschrieben und darum gebeten, für ein zweites Treffen die Summe von 5 000 Mark im Haushaltsplan einzusetzen.

Enttäuscht sind die beiden Organisatoren nicht nur darüber, daß die Bereitstellung von Mitteln abgelehnt worden sei, sondern vor allem auch deshalb, weil es keine der Fraktionen für nötig gehalten habe, auf die Bitte zu antworten. In diesem Zusammenhang verwiesen die Organisatoren darauf, daß auch die Gemeinde Helsa, die um eine Unterstützung von 1 000 Mark ge-

beten worden war, bislang noch nicht geantwortet habe.

Nach Angaben von Gisela Höfert haben sich bislang rund 70 ungarische Jüdinnen und etwa 15 Ehemalige, die heute in Israel wohnen, für ein Folgetreffen angemeldet. Etliche seien sogar bereit, auf eigene Kosten nach Hess. Lichtenau zu reisen. Auch viele deutsche Ehemalige hätten schon beim ersten Treffen den Wunsch geäußert, sich noch einmal in Hess. Lichtenau zu treffen. Wie das Treffen jedoch finanziert werden soll – darüber herrscht bei den Initiatoren momentan noch völlige Unklarheit.

Anderswo sei es üblich, daß Kommunen und Kirchen derartige Treffen arrangierten und für die Unterbringung und Betreuung der Teilnehmer auch die Kosten übernähmen. Als Beispiel führten die beiden Lichtenauer die Stadt Krefeld an, die

im kommenden Jahr Juden, die früher in der Stadt zu Hause waren, einlade. „Uns wird dagegen nichts anderes übrig bleiben, als alle nur denkbaren Stellen um Mittel anzugehen“, erklärten Höfert und Jessen gegenüber der HNA.

Hilfe erhoffen sich die Organisatoren dabei auch von der evangelischen und katholischen Kirchengemeinde der Stadt. In einem Schreiben an die beiden Kirchen gehen die Initiatoren davon aus, daß auch und gerade die christlichen Gemeinden ein Interesse daran haben müßten, einen theologischen Dialog mit den Juden führen zu können.

Im Zusammenhang mit der Organisation des Folgetreffens wollen die beiden Organisatoren auch einen Vorschlag aufgreifen, der bei der ersten Zusammenkunft im Oktober dieses Jahres angeregt worden war. Beabsichtigt wird, ein vorheri-

ges Treffen ehemaliger Dienstverpflichteter und leitender Angestellten der Munitionsfabrik zu arrangieren, um auch die Geschichte aufarbeiten zu können.

Zwar hoffen die Initiatoren, daß die Stadt bei der Aufstellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan noch Mittel für das Treffen bewilligt, einstweilen gehen Gisela Höfert und Jürgen Jessen jedoch davon aus, daß sie die mühevolle Organisation zunächst einmal weitgehend alleine bewältigen müssen. Um die Arbeit auf mehrere Schultern verteilen zu können, wird deshalb die Gründung eines Vereins angestrebt, der sich die Aufarbeitung der jüngsten Geschichte widmen und sich an Ehemaligen und Geschichtsinteressierten zusammensetzen soll. Noch im Januar soll die Gründung über die Bühne gehen.

Am eigenen Körper das Grauen gespürt

Seminar des Arbeitskreises Stadtgeschichte stieß auf bundesweite Resonanz

Der Ort ließ alles das, worüber in den vergangenen Stunden referiert und diskutiert wurde, plastisch am eigenen Körper spürbar werden. Die Schilderungen von Professor Georges Jidkoff aus Paris taten ihr übriges. Bitterkalt war es den winterlich gekleideten Teilnehmern des Seminars „Wirtschaft und Nationalsozialismus – Thema für eine Gedenkstätte?“.

Sie standen auf dem Betonboden der ehemaligen Unterbringungsräume für Häftlinge im KZ Drütte unter der Hochstraße auf dem Gelände des Salzgitter-Konzerns. In den Jahren 1942 bis 1945 vegetierten hier bis zu 3150 Gefangene bei völlig ungenügender Versorgung und einem unendlich vielfältigen System von Schikanen und Bestrafungen ausgesetzt vor sich hin. Sie mußten trotz ihres desolaten Gesundheitszustandes in Zwölfstundenschichten bei der Waffenproduktion arbeiten.

Nicht nur eine solche Erfahrung, sondern auch die alltägliche Praxis von Gedenkstätten an anderen Orten zeige die Unersetzlichkeit des authentischen historischen Geländes. Betroffenheit, eines der wichtigsten Ziele von Gedenkstättenarbeit, könne wirklich am besten und ohne sonst notwendige Umwege an der Stätte des Grauens selbst erzielt werden, bestätigte Professor Dr. Dietfried Krause-Vilmar aus Kassel den Arbeitskreis Stadtgeschichte in seinem Vorhaben, auf dem

Werksgelände von P+S eine Gedenkstätte einzurichten.

Eine Gedenkstätte werde, wenn sie erst einmal da sei, von der Bevölkerung genutzt. Das machten die hohen Besucherzahlen in Neuengamme bei Hamburg – dem Hauptlager für das KZ Drütte – und in Breitenau vor den Toren Kassels deutlich, betonte Frank Ehrhardt vom Arbeitskreis. Angela Genger von der Alten Synagoge Essen und Thomas Lutz (Aktion Sühnezeichen) ermutigten die Salzgitteraner, sich weiter für ihr Ziel einzusetzen, warnten jedoch davor, über die Konzentration auf die Standortfrage die Autonomie der Gedenkstättenarbeit als entscheidende Bedingung aus dem Blick zu verlieren.

Der Arbeitskreis habe, so Ehrhardt, nämlich nicht vor ausschließlich die Geschehnisse in den vielen Lagern der Stadt zu dokumentieren, sondern will gerade Jugendlichen zu bewußtem politischen Denken anregen. Er halte das für besonders wichtig, weil heute in vielen Schulen das Dritte Reich immer

mehr wie eine beliebige Epoche der Zeitgeschichte behandelt werde. So sei es auch vorgesehen, daß die pädagogischen Mitarbeiter aus der Gedenkstätte hinaus in die Schulen gehen und mit den Lehrern Kontakte knüpfen.

Mit den Referaten am ersten Tag des sich über zwei Tage erstreckenden Seminars wurde den etwa 100 aus allen Teilen der Bundesrepublik kommenden Teilnehmern der gegenwärtige Stand der Wissenschaft zu diesem Thema vermittelt. Der Freiburger Militärgeschichtler Rolf-Dieter Müller sprach über das Zusammenwirken von Industrie und Regime. Ulrich Herbert von der Hagerer Fernuniversität stellte die Ergebnisse seiner Forschungen zum Ausländereinsatz in der Kriegswirtschaft vor. Ein besonders beklemmendes Kapitel behandelte Wolfgang Jacobmeyer, Georg-Eckert-Institut in Braunschweig. Er schilderte die Probleme von Zwangsarbeitern nach ihrer Befreiung.

Alles in allem: Das Unternehmen des Arbeitskreises Stadtgeschichte zu dieser überregionalen Tagung einzuladen hat sich gelohnt. Die bundesweite Resonanz hat das bestehende Diskussionsbedürfnis zu diesem Thema gezeigt und der Arbeitskreis hat sicherlich viele Anregungen für seine zukünftige Arbeit bekommen. kh